

Für ein glückliches Leben im Alter

Aufbruchstimmung machte sich auf dem am 19. März 1986 stattfindenden Seniorenkongreß der CDU Deutschlands breit. Mit rund 1 500 Teilnehmern war dies die größte Veranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus (wir berichteten in UiD Nr. 10). Nachstehend sind wichtige Bestandteile der Reden und Referate zusammengefaßt:

Älter werden – aktiv bleiben: Neuer Start nach 60

**Eröffnungsreferat von Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär
der CDU Deutschlands**

Wir sind heute zum zahlenmäßig größten Kongreß zusammengekommen, der je im Konrad-Adenauer-Haus stattgefunden hat. Konrad Adenauer, der Namenspatron dieses Hauses, war ja jemand, wie viele aus eigener Erfahrung noch wissen, der sehr selbstbewußt war, auch was sein Alter anbelangte. Er sollte einmal nach London reisen, als er eine schwere Grippe hatte. So bat er seinen Arzt: „Ich muß in drei Tagen in London sein, machen Sie mich gesund.“ Der Mediziner murkte vor sich hin und meinte dann schließlich: „Ich bin kein Hexenmeister, ich kann Sie nicht wieder jung machen.“ Darauf antwortete Adenauer: „Das verlange ich auch gar nicht von Ihnen. Ich will nicht wieder jung werden, ich möchte nur fortfahren, alt werden zu können.“

Wie Konrad Adenauer haben Ronald Reagan, Winston Churchill, Golda Meir und andere in ihrer Person das Gerede vom „alten Eisen“, zu dem die ältere Generation angeblich gehöre, widerlegt. Gerade ältere Menschen haben nicht nur gezeigt, daß sie gebraucht werden, sondern auch, daß sie in ihrer Leistung unverzichtbar, ja sogar, daß sie besser sind als jüngere.

Haben nicht Kokoschka und Picasso gerade in den reifsten Jahren mit ihrer darstellenden Kunst gezeigt, daß der ältere Mensch die Welt und die Menschen in einer einzigartigen Weise künstlerisch gestalten kann? Zeigen nicht große Dirigenten wie Herbert von Karajan und Leonard Bernstein, große Pianisten wie Claudio Arrau und Wladimir Horowitz einem immer wieder staunenden Auditorium, daß man gerade im Alter zur höchsten künstlerischen Reife gelangen kann?

Wir wollen weder einen Seniorenkult noch einen Jugendkult. Die jüngere und mittlere Generation brauchen die Erfahrung und in wichtigen Fragen auch die Führung durch die Älteren. Dadurch werden die Chancen verbessert, daß die Dynamik und die Innovationskraft der Jüngeren wirksam werden können. Wir wollen ein selbstverständliches Miteinander der jüngeren, der mittleren und älteren Generation.

Heute geht es vielen älteren Mitbürgern nicht nur um materielle Sicherheit im Alter. Sie wollen auch im Alter aktiv und selbstständig bleiben. Denn das Alter bietet heute mehr denn je zuvor die Chance für eine selbständige, zufriedenstellende Lebensgestaltung. So erhält diese Phase zunehmend den gleichen Stellenwert im Leben des Menschen wie die Jugend oder die Zeit der Berufstätigkeit. Schon Cicero wies lange vor Christi Geburt seine älteren Zeitgenossen darauf hin, daß Aktivsein im Alter notwendig für das eigene Selbstwertgefühl sei:

„Alter ist nur geehrt unter der Bedingung, daß es sich selbst verteidigt, seine Rechte behält, sich niemandem unterordnet und bis zum letzten Atemzug die eigene Domäne beherrscht.“

Senioren stellen einen immer größeren Teil der Bevölkerung dar. Heute sind bereits 21 Prozent der deutschen Bevölkerung über 60 Jahre. Und dank der großartigen Erfolge der medizinischen Versorgung steigt auch die Lebenserwartung. 1875, kurz vor Einführung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, betrug die durchschnittliche Lebenserwartung etwa 50 Jahre. Über 60 Jahre wurden lediglich 5 Prozent der Bevölkerung. Wer überhaupt das Rentenalter erreichte — die statistische Chance dazu war gering genug —, hatte nur noch wenige Jahre zu leben. Ein 60jähriger Mann kann heute noch mit durchschnittlich 16, eine 60jährige Frau mit weiteren 20 Lebensjahren rechnen. Dazu kommt, daß heute Arbeitnehmer immer früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Die Politik der Christlich Demokratischen Union hatte immer schon das Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nach einem langen und arbeitsreichen Leben ein Leben in Freiheit, in Selbständigkeit, aber auch in Sicherheit und Geborgenheit führen können. Nicht die einzige, aber eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß die Renten langfristig gesichert bleiben.

Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, um die Teilhabe der älteren Mitbürger am wirtschaftlichen Fortschritt zu gewährleisten. Die Rentenreform von 1957 gilt auch international als Beispiel für eine vorbildliche Sozialpolitik.

Die SPD hat in den Jahren ihrer Regierungstätigkeit durch eine unverantwortliche Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie durch ständige Eingriffe in das Leistungsrecht der Rentenversicherung die Sicherheit unseres Rentensystems aufs Spiel gesetzt. Die Bundesregierung hat die dadurch drohende Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Rentenversicherung beseitigt, indem sie die Rentenfinanzen wieder auf eine solide Grundlage gestellt und die Soziale Marktwirtschaft erneuert hat. Jeder Rentner kann sich darauf verlassen, daß seine Rente auch in Zukunft pünktlich gezahlt wird. Während in den letzten Jahren sozialdemokratischer Politik die Realeinkommen der Rentner gesunken sind, steigen sie jetzt wieder.

Die Rentner profitieren in besonderem Maße von der Preisstabilität. Die Preise sind inzwischen so stabil wie zu Ludwig Erhards Zeiten. Hohe Rentensteigerungen nutzen gar nichts, wenn sie durch noch höhere Preissteigerungen wieder aufgefangen werden. Im letzten Jahr der SPD-Regierung 1981 stiegen die Renten um 4 Prozent, die Inflationsrate lag jedoch bei 6,1 Prozent. 1986 werden die Renten um durchschnittlich 2,15 Prozent steigen, aber die Preissteigerungsrate liegt zur Zeit bei 0,7 Prozent und sinkt weiter. Urteilen Sie selber, unter welcher Regierungsverantwortung es den Rentnern besser geht, bei der SPD oder bei uns.

Es ist aber auch richtig, daß auf Grund des veränderten Altersaufbaus unserer Bevölkerung (mehr Rentner, weniger Beitragszahler) Entscheidungen getroffen werden müssen, um die Renten auch für die junge Generation zu sichern. Diese Entscheidungen müssen in der nächsten Legislaturperiode vorbereitet werden. Auf Grund des veränderten Altersaufbaus muß sowohl die Auswirkung auf alle Alterssicherungssysteme geprüft als auch eine Weiterentwicklung unseres Rentenversicherungssystems vorgenommen werden. Ziel einer solchen Reform muß es sein, den Generationenvertrag aufrechtzuerhalten, um auch den jungen Beitragszahlern im Alter eine sichere und leistungsgerechte Rente zu garantieren und auf der anderen Seite die Belastungen der Beitragszahler in Grenzen zu halten. Es geht um die Weiterentwicklung, nicht um die Beseitigung der tragenden Elemente unserer Rentenversicherung. Dabei werden folgende Grundsätze gelten müssen:

1. Die Rente ist Alterslohn für die Leistung im Arbeitsleben. Sie wird ermöglicht durch die Solidarität der Generationen. Der enge Bezug zwischen Leistung und Gegenleistung muß auch in Zukunft ein Grundsatz unseres Rentenrechts bleiben. Die CDU lehnt deshalb eine Einheitsrente ebenso ab wie eine Maschinensteuer.
 2. Die Rentenversicherung beruht auf dem Generationenvertrag. Die jeweils arbeitende Generation sorgt durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der Rentnergeneration und durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft. Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn beide Leistungen als ebenbürtige Leistungen zum Generationenvertrag anerkannt werden.
 3. Die verfügbaren Renteneinkommen sollen in gleichem Maße steigen wie die verfügbaren Arbeitseinkommen der Beschäftigten. Probleme ergeben sich allerdings aus der Bevölkerungsentwicklung (mehr Rentner, weniger Beitragszahler). In Verbindung hiermit muß auch der Bundeszuschuß auf eine neue, verlässliche Grundlage gestellt werden.
 4. Notwendig sind in der Zukunft sowohl flexible als auch gleitende Übergänge in den Ruhestand. Mit steigender Lebenserwartung wird auch die Bereitschaft, freiwillig länger zu arbeiten, zunehmen. Die Möglichkeiten dazu müssen verbessert werden. Arbeitnehmer sollten nicht nur früher, sondern auch später als bisher in den Ruhestand gehen können. Wer länger arbeitet, soll eine höhere Rente erhalten als der, der kürzer arbeitet.
- Die zweite wichtige Säule der sozialen Sicherung im Alter ist die Gesundheitspolitik. Ohne aktive eigenverantwortliche Mithilfe beim Gesunderhalten ist aber die beste Gesundheitspolitik nichts wert. Leistungsförderndes Training ist dabei für die körperliche und geistig-seelische Gesunderhaltung bis ins hohe Alter von großer

Bedeutung. Eine sachgerechte Ernährung und das regelmäßige Einhalten von Vorsorgeuntersuchungen helfen, die Gesundheit zu erhalten. Da muß jeder selber mittun.

Die medizinische Versorgung sollte sich stärker an den Grundsatz halten: „Ambulante Hilfe geht vor stationärer Versorgung“. Von den Möglichkeiten vor Ort hängt es ab, ob diese Richtschnur gesundheitlicher Versorgung befolgt werden kann. Hier gilt es, Netze von Selbsthilfegruppen und Sozialstationen auf- und auszubauen, die dafür sorgen, daß die hilfsbedürftigen Personen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

Die finanzielle Absicherung gegen das Risiko des Pflegefalls ist ein noch nicht endgültig gelöstes Problem, das unser Handeln herausfordert. Heute ist es so, daß jemand, der zu eigener selbständiger Haushaltsführung nicht mehr in der Lage oder gebrechlich ist, in der Regel noch seine gesamte Rente zur Finanzierung der Heimkosten abliefern muß. Liegt die gleiche Person mit den gleichen Gebrechen im Krankenhaus, übernimmt die Krankenkasse die Kosten. Das ist ungerecht.

Die Bundesregierung wird in nächster Zeit einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der häuslichen Krankenpflege vorlegen. Sie beabsichtigt vor allem eine Entlastung für die Familienangehörigen, die mit großem persönlichem Engagement Schwerpflegebedürftige versorgen. Außerdem sollen die Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation ausgebaut werden, um Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder zu mindern. Uns geht es darum, daß auch die Pflegebedürftigen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben, daß die Leistungen der helfenden Familienangehörigen besser honoriert werden. Gegen eine Zwangspflegeversicherung bestehen erhebliche Bedenken, da sie im Ergebnis ein Sprengsatz für die Familien ist. Denn eine Pflegeversicherung schafft sich ihr eigene Nachfrage.

Zu einem lebenswerten Leben gehört auch ein altersgerechtes Wohnen. Ein Beispiel haben wir mit dem Wohngeldgesetz gegeben. Hier geben wir insgesamt 900 Millionen Mark mehr aus — aber nicht mit der Gießkanne. Es wird mehr Wohngeld gezahlt, wenn die Generationen in einer Wohnung leben.

Älterwerden und aktiv bleiben, ist ein Motto für viele, die begriffen haben, daß eine gute körperliche Verfassung auch den geistig-seelischen Abbau verhindert. Ich glaube auch, daß unsere ältere Generation inzwischen gesundheitsbewußter lebt. Man kann auch mit 65 noch anfangen, Sport zu treiben, und zwar nicht nur zu wandern, sondern auch zu joggen, Ski zu laufen, Ball zu spielen und, nicht zu vergessen, zu tanzen.

Tanzen ist eines der großen Vergnügen älterer Menschen geworden und hat vielen Einsamen, Geschiedenen, Verwitweten der älteren Generation den Anlaß für eine neue Lebensbeziehung geboten. Dieser „Seniorentanz“ hat inzwischen — vor einem Jahrzehnt noch nahezu unbekannt — einen Rekordzulauf gefunden. Überhaupt: Warum sollen eigentlich 60- und 70jährige keinen neuen Partner mehr finden oder heiraten? Es ist ignorant und arrogant, den Älteren unter uns die Möglichkeit einer Liebesbeziehung absprechen zu wollen.

Die Zahl der Senioren wächst, aber noch nicht im gleichen Ausmaß ihr politischer Einfluß und ihre politische Anerkennung. Es besteht immer noch die Gefahr, daß ältere Mitbürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, die von

Jugendlichkeit und Erwerbsarbeit beherrscht wird. Inzwischen ist aber die Zahl der Senioren, die auch politisch aktiv sind und die gestalten wollen, enorm im Steigen begriffen.

Den Erfahrungsschatz der älteren Generation für die Gemeinschaft nicht zu nutzen, wäre töricht. Durch stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten der Senioren wird dieses Ziel verwirklicht. In zahlreichen Gemeinden können die Mitbürger durch die Bildung von Senioreneiräten auf die Kommunalpolitik Einfluß nehmen. Diese Beiräte sollen einerseits die Interessen der älteren Generation gegenüber der Gemeinde vertreten und andererseits Selbsthilfeangebote machen und laufende Vorhaben unterstützen.

Aber auch in unserer eigenen Partei wollen wir die Erfahrungen und das Wissen älterer Menschen noch stärker für die Politik fruchtbar machen. In Baden-Württemberg und Hessen gibt es inzwischen bereits die Senioren-Union, wie wir auch die Junge Union, die Sozialausschüsse, die Mittelstandsvereinigung oder die Wirtschaftsvereinigung bei uns kennen. Ich werde nach der Bundestagswahl auf dem nächsten Bundesparteitag vorschlagen, eine bundesweite Senioren-Union zu gründen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf dem Weg von einer hochtechnisierten Industriegesellschaft zu einer Informations- und Erfahrungsgesellschaft. Dies bringt mit sich, daß sich mit den neuen Arbeitsformen auch die Werte in der Gesellschaft wandeln. Die entscheidende Frage ist, wie wir eine Gesellschaft gestalten wollen, die wirtschaftlich leistungsstark ist, aber auch eine menschliche Gesellschaft sein muß. Wir wollen, daß die Menschen ihre Heimat behalten können, daß sie ihre Wurzeln schlagen können. Dafür, daß dies so bleibt, sollten gerade auch die älteren Mitbürger sorgen.

Sagen Sie es auch den Älteren unter uns, wir sollten doch nicht diejenigen wählen, die den Karren in den Dreck gefahren, sondern diejenigen, die den Karren aus dem Dreck herausgezogen haben. Und wenn man die Zukunft positiv gestalten will, dann wählt man doch nicht die Kurpfuscher von gestern zu den Vertrauensärzten von morgen.

Wir brauchen eine Zukunft, die gekennzeichnet ist durch Partnerschaft, auch durch die Partnerschaft der Generationen. Uns als der großen Volkspartei, geht es nicht darum, Konflikte zwischen Jüngeren und Älteren, zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, zwischen Frauen und Männern, zwischen den Konfessionen, zwischen Ökonomie und Ökologie zu verschärfen — uns geht es darum, die anstehenden Probleme partnerschaftlich zu lösen.

Miteinander – Füreinander: Sicherheit und Geborgenheit im Alter

**Referat von Prof. Dr. Rita Süßmuth,
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit**

Die Altenpolitik der Bundesregierung schreibt den alten Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. Sie sichert die Rahmenbedingungen, die es dem einzelnen möglich machen, sein Leben auch im Alter eigenverantwortlich zu gestalten.

Alte Menschen befinden sich heute in sehr verschiedenartigen Lebenslagen und haben unterschiedliche Bedürfnisse und Erwartungen. Nur wenige von ihnen benötigen Pflege und Betreuung, und auch bei Pflegebedürftigkeit ist das Ausmaß der Abhängigkeit von Hilfe und Unterstützung sehr unterschiedlich. Altenpolitik muß dieser Vielfalt Rechnung tragen und jedem Menschen das ihm angemessene Maß an **Unterstützung und Hilfe, an Anregung und Absicherung zukommen lassen.**

Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen zählt die materielle Sicherung im Alter. Die alten Menschen können nach Jahren der Unruhe wieder von der **Sicherheit ihrer Renten** ausgehen. Die Zuwächse bei den Einkommen der Rentner waren in den letzten Jahren merklich höher als bei den übrigen Bevölkerungsgruppen. Auch die endlich wieder erreichte Preisstabilität hat viel dazu beigetragen, daß die **materielle Situation der alten Menschen heute im allgemeinen durchaus befriedigend ist.**

Dennoch gibt es Menschen mit zu niedrigem Alterseinkommen, darunter viele Frauen, die keinen eigenständigen Rentenanspruch aufbauen konnten. Die Bundesregierung hat mit der Herabsetzung der Wartezeit für das Altersruhegeld von 15 auf 5 Versicherungsjahre und mit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht einen wichtigen Schritt zur Lösung dieses Problems unternommen. Wir wissen, daß das Problem der Frauen der Generation vor 1921 damit nicht gelöst ist. Wer als alter Mensch Unterstützung braucht, soll diese zunächst in seiner eigenen Familie, in seiner unmittelbaren Umgebung finden können. Dies entbindet den Staat und die freien Träger nicht von der Pflicht, ergänzende Hilfe überall da zur Verfügung zu stellen, wo der einzelne und seine Familie überfordert sind.

Zusätzliche Hilfe benötigen besonders die pflegebedürftigen alten Menschen. Nach Jahren der Diskussion hat die Bundesregierung hier erste Maßnahmen in Angriff genommen: Noch in dieser Legislaturperiode werden gesetzliche Regelungen beschlossen werden, durch die Schwerstpflegebedürftige in ärztlicher Behandlung Anspruch erhalten auf Pflege durch ambulante Dienste und auf Sicherstellung der Pflege beim Ausfall der Pflegeperson. Dies ist ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Hier ist zu denken an die steuerliche Entlastung der Pflegenden, die Verbesserung ihrer sozialen Absicherung und die Einführung eines Pflegegeldes für pflegebedürftige Kosten.

Jeder soll so lange wie möglich in seiner eigenen Wohnung bleiben können — dies ist das Grundprinzip aller Überlegungen zur Wohnsituation alter Menschen.

Auch hier ist der Bundesregierung die Verbesserung der Rahmenbedingungen gelungen, indem sie das Wohnen mehrerer Generationen unter einem Dach durch eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen erleichtert hat.

Alte Menschen sollen nicht zur Untätigkeit verurteilt sein. Alter ist nicht mit Leistungsminderung, Gebrechlichkeit und Inaktivität gleichzusetzen. Die Gesellschaft kann auf die Erfahrung und das Engagement der Alten nicht verzichten.

Deshalb fördert die Bundesregierung das Miteinander der Generationen und sucht über eine Reihe von Modellprogrammen Anregungen zu vermitteln, die alten Menschen neue Aktivitäten erschließen. In der Altenarbeit erlangen dabei neben den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege der Länder und der Kommunen, die Selbsthilfeeinrichtungen wachsende Bedeutung. Die Bundesregierung unterstützt diese

Initiativen, weil ihre Altenpolitik die aktive Integration der alten Menschen in die Gesellschaft, in das öffentliche Leben anstrebt, nicht aber deren Ausgrenzung in Betreuungseinrichtungen.

Kurzberichte aus der Seniorenarbeit

Fortbildung im Alter – Eine Aufgabe der Volkshochschule

Wolfgang Pföhler, Bürgermeister für Soziales der Stadt Mannheim

In der Mannheimer Volkshochschule wird seit Jahren ein Programm zur Vorbereitung auf die Zeit nach dem Berufsleben angeboten. Es soll helfen, den häufig als Bruch empfundenen Übergang vom aktiven Berufsleben zum Pensionärsdasein zu mildern. In Einzelvorträgen, Arbeitsgemeinschaften, Seminaren, Gesprächskreisen und Kursen werden die vorhandenen Möglichkeiten zur Neuorientierung aufgezeigt. Die Themenvielfalt ist sehr groß, sie reicht von Naturwissenschaften über Gesundheit und Bewegungstherapie, Politik, Zeitgeschichte bis hin zu Spiel und Studienfahrten.

Seniorenbeirat – Engagement in unserer Stadt

Klara Kunz, Ehrenvorsitzende des Kreisseniorenrates für den Landkreis Pforzheim-Enzkreis

Der Kreisseniorenrat hat die Aufgabe, die Probleme und Anliegen der älteren Generation im Stadt- und Landkreis aufzugreifen, publik zu machen und an deren Lösung vor allem in Verbindung mit staatlichen und kommunalen Behörden tatkräftig mitzuwirken. Zu den Aufgaben gehört auch die Förderung von künstlerischen und schöpferischen Arbeiten. Der Kreisseniorenrat ist parteipolitisch und weltanschaulich neutral. Ein besonderes Anliegen des Pforzheimer Kreisseniorenrates war es, daß das neu entwickelte Hausnotrufsystem Einzug halten konnte bei alten, kranken und behinderten Menschen. Diese Initiative wurde als Pilotprojekt vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg unterstützt.

Senioren in der Union: Aktiv, erfahren, selbstbewußt

Beispiel eines Kreisverbandes der Senioren-Union

Irmgard Ziekursch, Kreisvorsitzende der Senioren-Union Baden-Baden

Die Senioren-Union Baden-Baden, die mit 30 Gründungsmitgliedern begann, hat heute etwa 170 Mitglieder. Gegenstand der Arbeit sind Seminare, Tagungen und Einzelveranstaltungen. Eine besondere Rolle nimmt der 14tägliche Stammtisch ein, der sowohl politische Willensbildung ermöglicht als auch die Geselligkeit fördert. Die Themenpalette umfaßt dabei nahezu alle Politikbereiche, aktuelle Landes- und Kommunalpolitik, Deutschlandpolitik, Sozialpolitik, Rentenpolitik,

Pflegeversicherung, Gesellschaftspolitik, Sicherheitspolitik, Außen- und Friedenspolitik.

Den Reichtum der Erfahrung weitergeben

Prof. Dr. H. P. Oltmanns, Senioren-Experten-Service

Der Grundgedanke des Senioren-Experten-Service besteht darin, daß Fachkräfte verschiedenster Art, Handwerker, Maschinenmeister bis hin zum Universitätsprofessor, die aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden und finanziell unabhängig sind, ihre Kenntnisse und Erfahrungen auf ehrenamtlicher Basis zur Verfügung stellen. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit liegt darin, das in der Bundesrepublik reichlich vorhandene Erfahrungspotential pensionierter Fachkräfte für Aufgaben in den Entwicklungsländern nutzbar zu machen. Getragen wird diese Initiative vom Bundesverband der Deutschen Industrie, den Carl-Duisberg-Förderkreisen und dem Deutschen Industrie- und Handelstag. Zur Zeit umfaßt der Expertenpool etwa 1 500 Fachleute aus fast allen Berufssparten, in der Regel zwischen 60 und 65 Jahre alt. Expertengruppen ähnlicher Art existieren auch in München, Hannover, Köln, die unter dem Motto „Aktive Senioren helfen jungen Existenz“ Initiativen ins Leben gerufen haben.

Jugend im Einsatz für ältere Mitbürger

Susanne Rochel, Schülerinitiative „Altenheim“ Tersteegen-Wehme

Das Ziel dieser Initiative besteht darin, Kontakte zwischen jungen und alten Menschen in Altenheimen aufzubauen. Besucht werden hauptsächlich 30 Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegestation. Im Mittelpunkt stehen jedoch nicht pflegerische Aufgaben, sondern der persönliche Kontakt durch Gespräche und gemeinsame Unternehmungen. Wichtig hierbei ist vor allem, daß man für Gespräche viel Zeit und vor allem Bereitschaft zum Zuhören mitbringen muß. Bei den Besuchen, die meist am Wochenende stattfinden, werden gemeinsame Spaziergänge, Spiel-, Bastel- und Lesenachmittlege durchgeführt.

Neue Wohnformen für ein Zusammenleben von jung und alt

Hans F. Natz, Gütersloh

Das Gestaltungskonzept des Modellprojektes des Bundesbauministeriums in Gütersloh besteht darin, drei Generationen ein gemeinsames Dach zu geben, aber trotzdem der einzelnen Generationsfamilie das eigene Wohnreich zu erhalten. Das Grundprinzip liegt in der Teilung der Wohnungsebenen, das heißt, eine Wohnung erstreckt sich über zwei bis vier Halbetagen, die im Innenbereich mit Treppen verbunden sind. Durch diese Variabilität ist es möglich, daß Familien mit ihren Eltern oder Großeltern in getrennten Wohnungen zusammenleben können, die wahlweise mit Wohnungsinntreppen verbunden sind. Jede Wohnebene hat dabei einen eigenen Zugang. Um auch den Versorgungsbereich familiengerecht zu ordnen zu können,

wurde jede Wohnungsebene mit einem separaten Zufluß von Wasser, Strom und Heizung versehen. Die Wohnungen sind recht preisgünstig: eine 50-m²-Wohnung kostet etwa 245 Mark, die 100-m²-Wohnung liegt bei 500 Mark. Das Anliegen aller am Bau Beteiligten war, festzustellen, ob der teilweise verlorengegangene Familiensinn wieder hergestellt werden könne.

Sachverständige aus Wissenschaft und Politik

Prof. Dr. Ursula Lehr, Universität Heidelberg

Bei früheren Kongressen ging es in der Regel um Pflegebedürftigkeit, um Renten und um Altenlast. Das gibt es. Aber es wurde überbetont. Wir müssen wegkommen vom Defizit- oder Defektmodell des Alterns hin zum Kompetenzmodell. Altern muß nicht Abbau bedeuten. Dies ist nur der Fall bei ungünstigen Bedingungen. Bei günstigen Bedingungen bedeutet Alter jedoch Kompetenzgewinn.

Dies müßte vor allen Dingen auch einmal in der Öffentlichkeitsarbeit klar herausgestellt werden. Erst durch die Öffentlichkeit sind alte Menschen ja vielfach erst zu einer Problemgruppe gemacht worden. Erst dadurch wurden sie negativ abgestempelt und nicht mehr ganz für voll genommen. Dies muß revidiert werden. Ich hoffe, daß dieser Kongreß dazu beitragen und einen wichtigen Wendepunkt in der Seniorenarbeit markieren wird.

Es wurde sehr viel zum Thema Rehabilitation gesprochen. Dies hat auch durchaus seinen Sinn. Aber steht nicht weit davor die Prävention? Sollten hier nicht mehr Aktivitäten eingeschaltet werden? — Damit der ältere Mensch nicht plötzlich sein Leben als sinnlos erfährt? Lebensqualität im Alter, Zufriedenheit im Alter, ist nur dann gegeben, wenn der Mensch eine Aufgabe hat. Er muß fühlen, gebraucht zu werden. Wie und wo das Gebrauchtwerden sich abspielt, das können und wollen wir nicht verordnen.

Älterwerden in unserer Zeit ist eine Aufgabe für jeden einzelnen von uns. Und zwar eine Aufgabe, die voraussetzt Aktivität im körperlichen, im seelisch-geistigen und im sozialen Bereich. Älterwerden in unserer Zeit ist aber auch eine Aufgabe für die Politik. Und ich glaube, mit dem heutigen Tag hat sie das auch sehr deutlich erkannt und gezeigt.

Prof. Dr. Franz Pöggeler, Technische Hochschule Aachen

Das Gebiet, in dem ich mich seit über zwei Jahrzehnten intensiv engagiere, nämlich die Weiterbildung im Alter, gehört eindeutig zu den defizitären Gebieten. Dies ergibt sich bereits aus der Statistik: Die Mitbürger über 60 Jahre sind nur mit 4 Prozent bei der Erwachsenenbildung vertreten, obwohl sie zahlenmäßig mit mindestens 20 Prozent vertreten sein müßten. Noch schlimmer sieht es bei der Gruppe der 50- bis 60jährigen aus.

Die Senioren sind auch Erwachsene, und es muß hier sehr scharf reklamiert werden, daß das vielberufene Recht auf Bildung nicht nur Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusteht, sondern genauso gut auch alten Menschen.

Wodurch sind die vorhandenen Mängel erklärbar? Die Erwachsenenbildung einschließlich der Volkshochschule wirbt vorwiegend mit dem Motto: Mehr Bildung, mehr Aufstieg. Dies ist aber ein Motto, das zu den Senioren nicht unbedingt paßt. Wir müssen klarmachen, daß es neben einer vorbereitenden Bildung auch eine erfüllende, auch eine abrundende Bildung gibt. Weiterhin läßt sich Bildungsarbeit zu sehr an einer wie auch immer definierten Amortisation messen. Diese brutale Einstellung, die Bildung ausschließlich an einer ökonomischen Effizienz mißt, muß relativiert werden. Darüber hinaus gibt es aber auch organisatorische Probleme: Es ist deutlich zu sagen, daß für Senioren die Bildungsangebote zeitlich besser platziert werden müßten. Während im allgemeinen die typischen Zeiten der Erwachsenenbildung am Abend und am Wochenende liegen, wäre es für Senioren allein wegen der Ermüdungszeiten weitaus günstiger, die verschiedenen Fortbildungsaktivitäten vor- und nachmittags anzubieten.

Es geht nicht darum, mit Bildungsangeboten ältere Leute zu beruhigen, sondern darum, eine geistige Unruhe zu schaffen. Senioren wollen als Leute auftreten, die in allen Bereichen etwas zu sagen haben, auch im politischen Bereich. Es geht also generell um eine neue politische und gesellschaftliche Bewußtseinsbildung innerhalb der Gesellschaft.

Alfred Löffler, Landesvorsitzender der Senioren-Union Baden-Württemberg

Genau vor sieben Jahren haben wir die Senioren-Union Baden-Württemberg gegründet. Ich bin der Überzeugung, daß es jetzt an der Zeit ist, noch vor der Bundestagswahl eine bundesweite Senioren-Union zu gründen.

Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß wir heute zwölf Millionen Einwohner haben, die über 60 Jahre sind. Das sind etwa 30 Prozent Wähleranteile. Damit wird der nächste Bundestagswahlkampf in erster Linie von den Alten abhängen. Wenn die daheim bleiben, dann ist die Wahl verloren.

Wir müssen dringend aktiv werden und vor allem unsere Informationspolitik verbessern. Das kann dadurch geschehen, daß wir durch regelmäßige Versammlungen und vor allen Dingen durch eine bessere Organisation unsere Aktivitäten verstärkt nach außen dringen lassen. Wir haben jetzt 8 000 Mitglieder in Baden-Württemberg bei der Senioren-Union mit 42 Kreisverbänden und 250 Ortsverbänden. Und wir haben täglich weiteren Zulauf.

Wir haben in Baden-Württemberg erreicht, daß ein Lehrstuhl für Gerontologie eingerichtet worden ist. Dieser ist mit Frau Prof. Lehr bestens besetzt worden, und sie kann jetzt die Professur in Heidelberg antreten. Vor einem Jahr haben wir beantragt, daß auf Bundesebene ein Seniorenbeauftragter bestimmt wird. Das ist mit der Person von Herrn Braun ebenfalls geschehen.

Sie sehen, es läßt sich etwas machen. Der einzelne kommt nicht zum Zuge. Aber wenn wir eine Gemeinschaft sind, dann werden wir etwas erreichen. Unsere Erfahrung bedeutet für uns Verpflichtung, aktiv auch in der Politik mitzuwirken. Und ich meine, deshalb ist es gerade vor der Bundestagswahl notwendig, daß wir alles mobilisieren.

Ulf Fink, Senator für Gesundheit und Soziales, Berlin

Ich glaube, das wirklich Beeindruckende bei diesem Kongreß ist das wirklich ganz unübersehbare Selbstbewußtsein, wie es auch in den Diskussionsbeiträgen zum Vorschein kommt. Und dies ist auch ein Ausfluß und eine Antwort auf die vielfältig gestellte Frage: Gibt es denn überhaupt ein neu erwachtes Selbstbewußtsein der älteren Menschen in der Bundesrepublik Deutschland?

Ich denke, man kann mit Fug und Recht sagen, es ist eine wachsende, von politischer Bedeutung geprägte Bewegung, die vielleicht nicht zuletzt damit erklärt werden kann, daß es noch niemals eine ältere Generation in Deutschland gegeben hat, die über Jahrzehnte demokratischer Erfahrung geprägt ist. Diese Generation läßt sich eben nicht mehr in eine Ecke stellen, sondern sie sagt, daß sie auch im Alter über die Angelegenheiten mitbestimmen will, die sie selbst angehen.

Daraus ist eine ganz unmittelbare Konsequenz für unsere politische Arbeit zu ziehen — mit und für die alten Menschen. Das heißt, wir müssen uns aus den alten Bahnen der klassischen Altenarbeit lösen, die ja davon ausgegangen ist, daß ältere Menschen sich nicht selbst helfen können, sondern daß andere etwas für sie tun müssen. Das ist in manchen Fällen notwendig, in der Mehrzahl der Fälle aber nicht der richtige Ansatz.

Wir haben festgestellt, daß viel von dem Wissen, das bei der älteren Generation vorhanden ist, von ganz neuer Aktualität ist, aber verlorenzugehen droht, weil es nicht abgerufen und weitergegeben wird. Deshalb haben wir in Berlin ein neues Programm auf die Beine gestellt, das übrigens vom Senat mit einer Million Mark gefördert wird, daß das Erfahrungswissen der älteren Generation wieder deutlich zum Vorschein kommt.

Wenn von diesem Kongreß ein Signal ausgeht, daß ältere Menschen sich nicht länger in die Ecke drücken lassen, sondern über ihr Schicksal wieder selbst mitbestimmen, in der Mitte unserer Gesellschaft, dann hat dieser Kongreß seinen Sinn nicht verfehlt.

Dr. Ursula Hansen, Ministerin für Soziales und Familie, Rheinland-Pfalz

Ich möchte zunächst einmal sagen, daß ich stolz darauf bin, Nachfolgerin im Amt des Ministers Heiner Geißler zu sein, der in Rheinland-Pfalz nicht nur die Idee der Sozialstation hatte, sondern sie dort auch umgesetzt hat. Inzwischen gibt es diese Einrichtungen auch bundesweit. Diese sind den Familien eine ganz große Hilfe bei der Pflege ihrer Angehörigen, weil sie eben Fachkräfte für die Pflegeleistungen zur Verfügung stellen. Ich denke, es ist erforderlich, wenn Familien ihre alten Pflegebedürftigen pflegen, daß sie selbst einmal die Möglichkeit haben, auszuspannen und Urlaub zu machen, damit sie auch neue Kraft haben, ihrer schweren Arbeit nachgehen zu können.

Ganz entscheidend ist aber auch, daß es eine finanzielle Regelung zur Sicherung der Pflege im Alter geben muß. Wir meinen, daß gerade Rheinland-Pfalz hierzu einen sehr detaillierten Gesetzentwurf eingebracht hat. Es ist vor allen Dingen wichtig, daß die Tätigkeit der Pflege zu Hause im Prinzip der Erwerbstätigkeit außer Hauses gleichgestellt wird, ähnlich wie die Erziehungstätigkeit in der Familie. Hierzu ist es

unbedingt notwendig, Pflegende, die ihre Familienangehörigen zu Hause betreuen, steuerlich zu entlasten und ihnen eine eigene Anwartschaft in der Rentenversicherung zu geben.

Vielfach wird man aber wohl auch das Heim als Lösung im Pflegefall wählen müssen. Ich möchte nicht, daß der Eindruck entsteht, daß das Heim unbedingt die mindere Lösung für den einzelnen sein muß. Es ist unsere Aufgabe, daß wir ein sehr differenziertes Angebot an Heimen zur Verfügung stellen, damit eben auch alte Menschen entsprechend den Möglichkeiten ihrer Lebensgestaltung, aber auch entsprechend den Pflegenotwendigkeiten, dort menschenwürdig leben können.

Stefan Höpfinger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Zur Geborgenheit, dem dritten Leitgedanken dieser Veranstaltung, gehört sicher die soziale Sicherheit. Eine wichtige Rolle spielt hierbei gerade für den älteren Menschen die Rentenfrage. Hierzu aktuell: Heute vormittag hat der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages die Rentenanpassung des Jahres 1986 beschlossen. Die Rente soll zum 1. Juli 1986 um 2,9 Prozent angepaßt werden, davon gehen 0,7 Prozent Krankenversicherungsbeitrag der Rentner ab, und somit wird die effektive Anpassung 2,15 Prozent betragen. Damit wird genau der Grundsatz erfüllt, daß die Renten den Löhnen folgen sollen.

Wichtiger aber noch als eine Rentenanpassung ist die Sicherheit der Altersversorgung. Und hier darf ich herausstellen, daß es der Regierung von Helmut Kohl gelungen ist, die Rentenfinanzen wieder sicher zu machen. Nicht zuletzt ist dies vor allem auch auf die positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, dazu gehört die Zunahme an Arbeitsplätzen — all das sind Erfolge unter Bundeskanzler Kohl.

Wegen der demographischen Entwicklung, starke Jahrgänge werden aus dem Arbeitsleben ausscheiden und schwache Geburtenjahrgänge nachwachsen, wird eine Strukturreform der Rentenversicherung notwendig sein. Unsere Aufgabe ist es, die Renten für heute sicher zu gestalten und den Beitragszahlern von heute zu sagen, auch seine Altersversorgung in Zukunft wird mit dem Grundgedanken der Sicherheit verbunden sein. Rente ist kein Staatsalmosen für ältere Leute, sondern Rente ist erworben im Arbeitsleben. Daher müssen Lohn- und Beitragsbezogenheit aufrechterhalten werden.